



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

ein spannendes und politisch intensives Jahr 2014 neigt sich nun langsam dem Ende zu. Aber auch in den letzten Wochen des Jahres stehen wir vor wichtigen Weichenstellungen für die Zukunft Nordrhein-Westfalens. Wir kommen jetzt in die „heiße Phase“, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu zu ordnen. Denn zum einen läuft 2019 der „Soli“ aus, und zum anderem müssen die Finanzbeziehungen der Länder untereinander neu geregelt werden. Klar dabei ist: Wir in NRW wollen auch in Zukunft solidarisch sein. Aber es muss sich etwas ändern, denn die Finanzbeziehungen zwischen den Bundesländern sind kein Ausgleichssystem mehr – es ist aus dem Gleichgewicht geraten.

NRW wird als Nehmerland dargestellt, weil wir 700 Millionen Euro aus dem engeren Länderfinanzausgleich erhalten. Viele unserer politischen Gegner verschweigen aber, dass wir vorher beim Umsatzsteuerausgleich 2,4 Milliarden Euro abgeben müssen. Unterm Strich zahlen wir also 1,7 Milliarden Euro ein.

Fakt ist: Vor allen Umverteilungsmechanismen unter den Ländern hat Nordrhein-Westfalen pro Einwohner ein um 1.000 Euro höheres Steueraufkommen als Sachsen.

Nach der ganzen Umverteilung hat Sachsen 500 Euro pro Einwohner mehr als wir und mahnt uns öffentlich, doch bitte mehr zu sparen. Und das, obwohl wir die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Länder haben. Das kann strukturell so nicht bleiben. Da müssen wir ran. Wir wollen mehr von dem Geld behalten, das bei uns in NRW erwirtschaftet wird.

Eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen kann es also nur geben, wenn die Interessen Nordrhein-Westfalens angemessen berücksichtigt werden. Denn es kann nicht sein, dass hier bei uns, wo knapp 22% der deutschen Wirtschaftsleistung erbracht wird, die Infrastruktur auf Verschleiß gefahren wird, weil unsere Steuerkraft über Gebühr umverteilt wird.

Es geht um die Interessen unseres Landes! Aber eins ist auch klar: Wir sind keine Bittsteller. Deshalb sind wir dagegen, aus dem Solidarpakt Ost nach 2019 einen Solidarpakt für Bedürftige in Gesamtdeutschland zu machen. Wir wollen, dass der Soli, der 2019 allein an den Bund fließt, in das Steuersystem integriert wird. Dann profitieren alle Länder davon und die Kommunen ebenfalls. Das Geld können wir bei uns in NRW sinnvoll für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur einsetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei Euch allen für die Unterstützung in diesem Jahr bedanken. Ihr seid die Basis unseres gemeinsamen Erfolgs. Lasst uns weiterhin mit großer Geschlossenheit für unsere Ziele kämpfen. Mit Eurer Hilfe werden wir Nordrhein-Westfalen auch im kommenden Jahr Stück für Stück stärker, sozialer und gerechter machen. Doch erst einmal wünsche ich Euch und Euren Familien von ganzem Herzen eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins Jahr 2015.

Eure Hannelore

NRW Jusos
in der SPD

**NRW
SPD**

SGK
Die Kommunalen in NRW



Neu im kommunalen Mandat?

Von Anfang an souverän durchstarten!

Samstag, 13.12.2014

11.00 – 16.00 Uhr

DGB Bezirk Nordrhein - Westfalen,
Friedrich-Ebert-Str. 34-38,
40210 Düsseldorf

Kontakt:

NRW Jusos, Sandra Kaiser, 0211-13622337, sandra.kaiser@spd.de
SGK NRW, Stefan Schmitz, 0211-87674713, schmitz@sgk-nrw.de
NRWSPD, Thorsten Rupp, 0211-13622331, thorsten.rupp.nrw@spd.de

Forum junge Kommunalpolitik

Eine Initiative von NRWSPD, SGK NRW, NRWJusos
V.i.S.d.P.: Stefan Schmitz, SGK NRW, Elisabethstr. 16, 40217 Düsseldorf

Jetzt anmelden!

www.facebook.com/forumjungekommunalpolitik



Ausblick auf das Programm:

11:00 Uhr Begrüßung und Eröffnung

11:30 Uhr Workshops – erste Runde

- **Geschäftsordnung – Im Rat und nun?**

Referent der SGK NRW

- **Haushaltsrecht für Einsteigerinnen und Einsteiger**

Apostolos Tsalastras, Stadtkämmerer Oberhausen (angefragt)

- **Öffentlichkeitsarbeit für Kommunalos –**

Kampagnen für die BürgerInneninformation

Erik Flügge, Geschäftsführer, Squirrel & Nuts

13:00 Uhr Mittagspause

14:00 Uhr Workshops – zweite Runde

- **Umgang mit Rechten Parteien in der**

Kommunalpolitik

Oliver Hallscheidt, Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion Duisburg

- **Social Media in der Kommunalpolitik unterwegs**

Erik Flügge, Geschäftsführer, Squirrel & Nuts

- **Lampenfieber? Nö wieso?**

Barbara Meyer-Abich, Dramaschule Düsseldorf

15:30 Uhr Abschluss durch Thomas Geisel

Oberbürgermeister von Düsseldorf

Im Anschluss:

Gemeinsamer Besuch eines Düsseldorfer Weihnachtsmarktes

NORDRHEIN-WESTFALEN SETZT NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS EIN

Wir haben mit der Ausschussvorsitzenden Nadja Lüders und dem SPD-Obmann Andreas Kossiski über die Gründe der Einsetzung und die Ziele der Untersuchungen gesprochen.



Weshalb drei Jahre nach Bekanntwerden des NSU jetzt auch ein Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen?

Lüders: Es machte Sinn, zunächst die Ergebnisse des Bundestagsuntersuchungsausschusses abzuwarten, um auf dieser Basis weiterarbeiten zu können.

Gibt es denn weiteren Klärungsbedarf?

Lüders: Eindeutig ja. Der Bundestag hat zwar gute Arbeit geleistet, hatte aber zu wenig Zeit, um Detailfragen zu klären. Ich denke da insbesondere an rechte Unterstützernetzwerke, die es möglicherweise auch in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

Kossiski: Der Untersuchungsauftrag umfasst nicht nur die drei bekannten NSU-Taten in NRW. Wir wollen auch weitere Straftaten mit einem mutmaßlich politisch rechts motivierten Hintergrund hinterfragen. Zum Beispiel den dreifachen Polizistenmord in Dortmund und Waltrop oder den Sprengstoffanschlag am S-Bahn-

hof Düsseldorf-Wehrhahn, beides im Sommer 2000.

Lüders: Wir wollen uns auch mit dem Tod des 39-jährigen früheren V-Mannes „Corelli“ in Nordrhein-Westfalen befassen, denn auch dazu gibt es bislang mehr Fragen als Antworten.

Was wird die Zielrichtung des Untersuchungsausschusses sein?

Kossiski: Wir wollen wissen, ob in NRW ein Fehlverhalten von Sicherheits- und Justizbehörden, zuständiger Ministerien, der Staatskanzlei und anderer Verantwortlicher dazu beigetragen hat – oder sogar ursächlich war, dass die genannten Straftaten seinerzeit nicht aufgeklärt beziehungsweise deren Hintergründe nicht aufgedeckt wurden.

Lüders: Wobei es uns um größere Zusammenhänge geht. Deshalb setzen unsere Untersuchungen bereits im Oktober 1991 an.

Weshalb Oktober 1991?

Lüders: Weil nach dem damaligen Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Hünxe rechte Radikalisierungsprozesse in Nordrhein-Westfalen sichtbar wurden. Es geht also um die Entwicklung von Strukturen, um Helfershelfer, um Netzwerke.

Welche Erwartungen verbinden sich mit den Untersuchungen?

Kossiski: Wenn Fehler staatlicher Stellen gefunden werden, dann müssen vor allem Lehren gezogen werden, um Wiederholungen zu vermeiden. Vergangenheit aufzuarbeiten ist das eine, aber Lehren für die Zukunft zu ziehen, das ist das Wesentliche. ■



Der neugewählte Landesvorstand der NRW Jusos hat seine Arbeit aufgenommen. Nach der Landeskonzferenz Ende Oktober gab es keine Verschnaufpause – ein ambitioniertes Arbeitsprogramm wartet auf seine Umsetzung! Deshalb ging es Anfang November direkt in Klausur nach Ascheberg (Kreis Coesfeld).



NEUER JUSO-LANDESVORSTAND LEGT LOS

Neben der Aufarbeitung der LaKo standen dort vor allem die Konstituierung der zwei Arbeitsschwerpunkte „Wirtschaft von morgen“ und „Gesellschaft von morgen“, sowie die grundsätzlichen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit auf der Tagesordnung. Zudem gründeten sich ein Bildungs- und ein Medienteam und die Arbeit des Landesbüros wurde dem neuen Vorstand vorgestellt. Die Ziele für die nächsten zwei Jahre sind klar: Ohne landesweiten Wahlkampf rückt die inhaltlich-thematische Arbeit in den Fokus. Die Jusos werden Zukunftsthemen finden und besetzen und in die Mutterpartei tragen. Daneben steht aber auch der Anspruch, ohne Wahlkampf-

Mechanismus sicht- und hörbar in den öffentlichen Debatten zu sein. Um dies zu erreichen, braucht es eine gut geplante und innovative Kampagne. Erste Grundzüge wurden ebenfalls bei der Klausurtagung erarbeitet und vereinbart. An dieser Stelle wollen wir noch nicht zu viel verraten, nur eins: Es wird großartig!

Thematisch von zentraler Bedeutung wird dabei zunächst das Thema Investitionen sein. Die NRW Jusos halten es für unzumutbar, dass in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge gespart werden soll, weil der Bundesfinanzminister seine „Schwarze Null“ so sehr liebt.

Freddy Cordes, Landesvorsitzender der NRW Jusos: „Mit diesem Politikan-satz verjuxen wir unsere Zukunft. Kaputtsparen ist der komplett falsche Weg. Vielmehr wollen wir den Anspruch „Kein Kind zurücklassen“ auf weitere Politikfelder ausweiten. Denn auch Jugendliche und junge Erwachsene brauchen einen vernünftigen Rahmen für ihre Entfaltung und die Gestaltung ihres Lebens.“ Dabei sind sich die Jusos bewusst, dass sich das Land NRW in einer finanziell angespannten Lage befindet. Cordes: „Wenn dann aber noch der Bund anfängt, Mittel einzufrieren, wie zuletzt bei der Förderung für den ÖPNV, dann wird es uns zu bunt.“

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Arbeit gegen reaktionäre, fremdenfeindliche und rechte Tendenzen. Mit Sorge beobachten die Jusos eine Etablierung dieser ewig gestrigen Denkmuster bis weit in die sogenannte gesellschaftliche Mitte hinein. „Diesen Trend müssen wir umkehren. Durch Aufklärung und Aufdeckung verlogener und gänzlich falscher rechter Spinner-Ideologien“, so Cordes. ■

GRUNDRECHTE NICHT PUREM AKTIONISMUS OPFERN DREI GRÜNDE, WARUM DIE SPD DIE SAMMLUNG VON FLUGGASTDATEN KRITISCH SEHEN MUSS

Ein Beitrag der SPD-MdEPs aus NRW von Birgit Sippel (innenpol. Sprecherin der europäischen SozialdemokratInnen und Verhandlungsführerin ihrer Fraktion für die Richtlinie über ein europäisches Fluggastdatensystem)

Die Ansage der EU-Staats- und Regierungschefs Ende August war deutlich: Bis Ende 2014 solle ein EU-Fluggastdatensystem verabschiedet sein. Dabei scheint die aktuelle Debatte um EU-Bürger, die für Kampfhandlungen nach Syrien reisen und radikalisiert zurückkehren, ein willkommenes Mittel, um Kritikern von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen. Meine Antwort ist aber ebenso deutlich: Ein Abschluss der Arbeiten bis zum Ende des Jahres ist ausgeschlossen. Die Pläne für ein EU-Fluggastdatensystem existieren seit 2011. Fluggesellschaften sollen verpflichtet werden, Daten über Fluggäste, die in die EU ein- oder ausreisen, an die Mitgliedstaaten weiterzuleiten. Bis heute konnten jedoch weder Kommission noch Mitgliedstaaten nachweisen, dass diese Daten die Aufspürung von Terroristen tatsächlich erleichtern. Abgesehen davon müssen wir dem Druck aus drei grundsätzlichen Gründen standhalten:

Erstens müssen wir das Votum der Innenpolitiker im EU-Parlament respektieren. Diese haben die Kommissionspläne mit den Stimmen der Sozialdemokraten schon einmal abgelehnt. Zuvor hatte die Kommission versucht, Fakten zu schaffen und 50 Millionen Euro für nationale Fluggastdatensysteme ausgeschrieben. Nach dem Parlamentsvotum lagen die Pläne brach – und wurden nun in der neuen Legislaturperiode wieder aus der Mottenkiste hervorgeholt. Dies zeugt vom mangelnden Respekt vor dem Votum der europäischen Volksvertreter.

Zweitens haben wir keine Rechtssicherheit, ob die massenhafte Erhebung und Speicherung von Daten, wie es auch ein EU-Fluggastdatensystem vorsieht, grundrechtskonform ist. Im April 2014 hat der Europäische Gerichtshof dies hinsichtlich der Vorratsdatenspeicherung verneint. Damit entfiel auch die rechtliche Grundlage für die Umsetzung der EU-Vorratsdatenspeicherungs-Richtlinie in Deutschland.

Drittens fehlen hohe EU-Datenschutzstandards. Seit fast drei Jahren blockieren die Mitgliedstaaten eine Reform des EU-Datenschutzes. Solange die EU-Innenminister insbesondere beim Datenschutz in der Strafverfolgung keine Fortschritte machen, steht ein EU-Fluggastdatensystem nicht zur Debatte.

Verantwortungsvolle sozialdemokratische Innenpolitik heißt für mich, europäische Grundrechte nicht panischem Aktionismus zu opfern. Wir müssen die vorhandenen Instrumente effektiv nutzen – statt überstürzt immer neue Überwachungsmaßnahmen zu schaffen. ■



Foto: European Parliament, Audiovisual

**DIE NRWSPD
GRATULIERT IM
DEZEMBER ...**

... ZUM GEBURTSTAG

102 Jahre: Herma Gottschalk **101 Jahre:** Gertrude Neubauer **100 Jahre:** Friedrich Fritsch **99 Jahre:** Else Böhringer, Wilhelm Schäfer **96 Jahre:** Erich Fuhs, Irene Heintz, Edith Siepmann **95 Jahre:** Gerda Goerlich, Hildegard Herran, Heinz Kögler, Dora König, Irene Peter, Wilhelm Riechmann, Emmy Schmidt, Hans Sommrey, Else Sprawe, Christel Vietinghoff-Scheel, Gertrud Weiser, Christa Wirths

**... ZUR LANGJÄHRIGEN
MITGLIEDSCHAFT**

60 Jahre: Paul Jittler **55 Jahre:** Paul Hagt, Gretel Hagt, Reinhold Jurkat, Heinz Kalameya, Inge Knüfermann, Klaus Lambertz, Friedhelm Linn, Franz Liss, Hans Meier, Friedrich Schwabe, Johannes Veith, Gerd Wischmeier **50 Jahre:** Heinz Benning, Heinrich Büter, Siegfried Colling, Klaus Feldmann, Bruno Hinzmann, Helmut Kovac, Helmut Makowski, Brigitte Resinger, Hans-Walter Schuster, Ulrich Trapp

Anfang des Jahres gibt es eine Online-Ausgabe mit den Jubilaren und den Januar- Geburtstagskindern:
www.nrwspd.de/vorwaerts

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
André Stinka
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

REDAKTION:
Christian Obrok
Sabrina Störkel

E-MAIL:
vorwaerts@nrwspd.de

INTERNET:
www.nrwspd.de



**ZUKUNFTSKONVENT 2014:
„ANGETRETEN, UM DIE WELT ZU VERÄNDERN.“**

Mehr als 400 Genossinnen und Genossen waren in die alte Zinkfabrik Altenberg nach Oberhausen gekommen, um über „Neue Allianzen für Stadt und Land.“ zu diskutieren.

Unsere Landesvorsitzende Hannelore Kraft skizzierte in ihrer Eröffnungsrede eine Reihe der neuen Herausforderungen, vor denen das Land und die Städte und Gemeinden in NRW stehen. Nur gemeinsam und partnerschaftlich auf Augenhöhe mit den Kommunen könne NRW zukunftsfit gemacht werden. Sie verwies auf die großen Anstrengungen, die das Land beispielsweise mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen unternahme, um notleidenden Kommunen Stück für Stück dabei zu helfen, ihre Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen. Mit Blick auf die laufenden Verhandlungen um die Neuordnung der Bund/Länder-Finanzen machte Hannelore noch einmal ihre Position klar: „Wir sind keine Bittsteller. Wir wollen mehr von dem behalten, was hier erwirtschaftet wird“, sagte sie unter dem Beifall der Zuhörerinnen und Zuhörer. Nordrhein-Westfalen habe die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Bundesländer, sei wirtschaftlich stark und verfüge über hohe Einnahmen. Dennoch könne das Land zurzeit noch nicht ohne neue Schulden im Etat auskommen. Das sei so nicht länger hinnehmbar. NRW sei immer solidarisch gewesen und werde es auch bleiben, aber aus dem ursprünglichen Ausgleich sei eine Überkompensation

für einzelne Länder geworden - zulasten von NRW. Mit Empörung reagierte Hannelore auf eine schriftliche Anfrage der Partei „Die Rechte“. Die rechtsradikale Gruppierung hatte in Dortmund angefragt, wie viele Juden dort wohnten, außerdem solle die Stadt die Zahl nach Stadtbezirken aufschlüsseln. „Diesen Tendenzen werden wir Einhalt gebieten. Wir sind ein freies Land und das wollen wir auch bleiben“, entgegnete Hannelore. Franz Müntefering verwies in seinem Impuls unter anderem auf die langen Linien, die die Politik im Blick haben müsse. Er mahnte davor, Themen wie demographischen Wandel weiter auf die lange Bank zu schieben. Es seien die anderen, die wollten, dass alles so bleibe, wie es ist. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seien stets angetreten, um die Welt zu verändern! ■

Die Rede von Hannelore Kraft, den Impuls von Franz Müntefering sowie die Bilder vom Zukunftskonvent findest Du im Netz unter www.nrwspd.de/zukunftskonvent.



**„BÄUME FÜR NRW“ –
WIEDERAUFFORSTUNG NACH DEM STURM ELA**



Der Pfingststurm „Ela“ hat in vielen Kommunen in NRW schwere Schäden verursacht. Viele tausend Bäume wurden zerstört und das Stadtbild damit auf Jahrzehnte verändert. Das Land hat mehr als 30 Mio. Euro bereitgestellt, um die Sturmschäden zu bewältigen. Es gibt aber auch zahlreiche ehrenamtliche Projekte, die Verantwortung für ihre Städte und Gemeinden übernehmen: Unter dem Motto „Neue Bäume braucht die Stadt“ gründete beispielsweise der Vorsitzende der Bochumer SPD, Thomas Eiskirch, die Initiative „Bäume für Bochum“. Auch unser Generalsekretär André Stinka nahm eine Baumpatenschaft an und den Spaten selbst in die Hand. In Düsseldorf pflanzte Oberbürgermeister Thomas Geisel eine Linde für „Neue Bäume für Düsseldorf“. Ähnliche Aktionen gibt es in vielen der betroffenen Kommunen in NRW. ■